

Aus Gefahren Chancen kreieren

Was würde ich bloss tun, hätte ich alle Macht dazu? Nun, einer allein kann kaum sinnvoll politisch handeln. Es geht also darum, was wir in einer Demokratie und in einem Parlament einbringen, um andere vom Richtigen zu überzeugen. Und da gibt es doch Einiges, um aus den Gefahren des technologischen Fortschritts, Chancen zu kreieren.

Die politischen Diskussionen zur Digitalisierung erinnern teilweise stark an die Industrialisierung und Mechanisierung des 19. und 20. Jahrhunderts: Im Vordergrund steht die Angst vor Arbeitslosigkeit und der Entmenschlichung von Arbeit und Gesellschaft. Hinzu kommen heute die Gefahr der weiteren Konzentration der Produktivität auf die hoch entwickelten Staaten, neue Aspekte der Entsozialisierung wie das „Stu-benhocker“-Phänomen (ich arbeite zu Hause am Laptop und bestelle alles online) oder die Angst vor einem menschlichen Kontrollverlust gegenüber der digitalen Welt.

Die Chancen, die Digitalisierung zum Wohle der Menschen zu gestalten, sind allerdings ebenso offensichtlich. Die günstigere Produktion mag dazu beitragen, Arbeitsplätze am Standort bezahlbar zu halten, sie sorgt für Innovation und im besten Fall für eine flexiblere, unabhängigere Lebensgestaltung. Eine Steigerung der Produktivität schafft ein höheres Einkommensniveau und dadurch eine höhere Nachfrage sowie neue Berufe.

Konkret sollten wir der Gefährdung von Arbeitsplätzen durch einen Ausbau des Kündigungsschutzes begegnen, insbesondere für Arbeitnehmende über 50. Die Arbeitsmarktfähigkeit und Flexibilität aller Arbeitnehmenden kann nur durch eine Offensive in der Aus- und Weiterbildung gefördert werden.

Wie immer in der Wachstumsdiskussion geht es aber vor allem um die Verteilungsfrage von Arbeit und Produktivitätsgewinnen: Hier sollten wir etwa wieder einmal über Arbeitszeitreduktionen und eine Besteuerung von Kapitalerträgen nachdenken.

Und schliesslich muss eine globalisierte Welt auch politisch global gesteuert werden. Für uns heisst das nicht mehr und nicht weniger, als uns für einen fairen Welthandel und die Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen. Als Schweiz müssen wir uns hier für soziale und ökologische Standards stark machen, ganz konkret im Rahmen der UNO, einer wiederbelebten WTO und von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen. Wichtigste Voraussetzung für eine gerechte Verteilung des Wohlstandes bleibt die Förderung von Frieden, Menschenrechten und Demokratie sowie der Schutz der Umwelt.



Nationalrat Martin Naef

Vorstandsmitglied
Kaufmännischer Verband Zürich